



Neue Bürgerbeteiligungskultur – Das Erfurter Modell

Ort/Region:
Landeshauptstadt Erfurt

Gegenstand:
Neue Bürgerbeteiligungskultur
Beteiligungsmethoden: Trialog, Zukunftswerkstatt, Thematische Befragungen, neue Aleatorische Bürgerbeteiligungssatzung, Thematische Informationsveranstaltungen, Instrumentenkoffer, Diskussionsrunden, Workshops

Laufzeit:
seit Frühjahr 2015

Ausgangspunkt waren zahlreiche Demonstrationen von Bürgerinitiativen im Januar 2015 zu unterschiedlichen Entscheidungen der künftigen Stadtentwicklung. Daraufhin wurde auf Initiative des Oberbürgermeisters und Bürgerinitiativen ein Dialog ins Leben gerufen, in welchem Verwaltung und Bürgerschaft die bisherige Bürgerbeteiligung analysiert und Leitlinien einer künftigen Beteiligung erarbeitet werden sollten. Im Sommer des gleichen Jahres wurde aus dem Dialog ein Trialog, nun auch mit Vertreter/innen der Stadtratsfraktionen. Gemeinsam fand im November

2015 eine öffentliche Zukunftswerkstatt zum Thema: „Neue Formen der Bürgerbeteiligungskultur“ statt. Hier wurden an zahlreichen Thementischen unterschiedliche Herangehensweisen diskutiert und neue Ansätze aufgenommen. Grundsätzlich wurde sich darauf verständigt, dass folgende Ziele erreicht werden sollen: Bürgerinnen und Bürger wirken mit; Informationen über Vorhaben und Planungen erfolgen frühzeitig und verständlich; alle Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv einbringen; Kinder und Jugendliche sind altersangemessen einzubeziehen; es wird mit unterschiedlichen Methoden auf unterschiedlichen Wegen beteiligt; Zeit, Geld und Verhältnis von Kosten und Nutzen werden betrachtet und Entscheidungen sollen nachvollziehbar sein.

Im Ergebnis gibt es nicht nur eine umfangreiche Dokumentation, sondern alle verständigten sich auf einen Arbeitsplan für das Jahr 2016. Dieser enthält (a) die Verabschiedung des Leitlinienentwurfs durch den Stadtrat,

(b) Beschluss zur aleatorische Bürgerbefragungssatzung und

(c) Erstellung einer Vorhabenliste..

Im Leitlinienentwurf ist enthalten, wie die „Neue

Bürgerbeteiligungskultur“ in der Stadt ablaufen soll. Dazu gibt es 3 Varianten der Umsetzung, vom Einrichten eines Bürgerbeteiligungsrates über die Installation eines Bürgernetzwerkes bis hin zu dem Vorschlag, organisatorisch alles wie bisher weiter zu führen. Die aleatorische Bürgerbeteiligungssatzung wurde vom Stadtrat verabschiedet und ist nun städtisches Recht. Die Vorhabenliste wurde mit einer Struktur unterstellt, in welche alle relevanten Vorhaben der nächsten 2 Jahre aufgenommen wurden.

Sylke Osterloh, Landeshauptstadt Erfurt



Rund 50 Menschen nahmen an der Zukunftswerkstatt teil.

Foto: Paul-Philipp Braun

Bürgerinitiativen und Stadt auf Aussöhnungskurs

Das Projekt betrachte ich aus dieser Perspektive

Als Angestellte der Stadtverwaltung Erfurt, Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement bin ich mit der verwaltungsinternen Koordinierung des Prozesses beauftragt. Das Projekt läuft seit nunmehr etwas über einem Jahr. Es gestaltet sich sehr schwierig, die unterschiedlichen Meinungen und Vorstellungen zielführend unter einen Hut zu bringen. Selbst der Versuch durch externe Begleitung, diese konnte auf Grund fehlender Finanzausstattung nur eine begrenzten Zeitraum in Anspruch genommen werden, brachte nur kurzfristig Ergebnisse.

So binde ich die wichtigsten Akteure ein

Die Akteure im Trialog sind neben der Verwaltung, Stadtratsmitgliedern aus jeder Fraktion, Vertreter/innen der Bürgerinitiativen und ein Vertreter des Mehr Demokratie e.V. Bei Bedarf werden entsprechende Fachleute, wie das städtische Rechtsamt oder auch der Stadtjugendring hinzugezogen.

Parallel dazu findet die tatsächliche Bürgerbeteiligung zu städtischen Vorhaben und Planungen organisiert durch die Fachbereiche der Verwaltung, wie beispielsweise bei der Erstellung des Bäderkonzeptes, der Neugestaltung der Nordhäuser Straße oder auch der Ausbau eines interkulturellen Gartens im Erfurter Südosten projekt- und themenbezogenen Vorort mit der Öffentlichkeit statt.

So gehe ich mit erschwerten Bedingungen um

Zunächst ging es darum, einen Leitlinienentwurf der

„Neuen Bürgerbeteiligungskultur“ zu erarbeiten, mit dem Ziel, eine neue Herangehensweise der Bürgerbeteiligung beispielsweise über unterschiedliche Bürgerbeteiligungskonzepte zu entwickeln. Letztlich sollte dieses Dokument durch den Stadtrat verabschiedet werden. Auch nach über einem Jahr Diskussion ist bis zum heutigen Tag keine durch alle Beteiligten getragene Variante beschlussfähig.

Ein weiterer Baustein, das Erstellen einer Vorhabenliste, diese enthält eine Reihe städtischer Projekte und Planungen für die kommenden 2 Jahre, konnte leider bis heute (Widerstand innerhalb der Verwaltung) nicht auf den Weg gebracht werden.

Hierauf gründet mein persönliches Engagement

Ein inhaltlich neues Projekt anzupacken, ist immer auch eine neue Herausforderung im Denken und Handeln. Den richtigen Weg und kompetente Wegbereiter zu finden und gemeinsam das Projekt mit Leben und Machbaren zu unterstützen und möglicherweise umzusetzen, macht nicht nur Freude, sondern ist auch eine interessante Aufgabe.

So betrachte ich das Projekt heute:

Meine persönliche Meinung ist, dass es keinen zusätzlichen Regelbedarf einer Bürgerbeteiligung bedarf. Die Bürger/innen haben viele Möglichkeiten, sich bei öffentlichen Entscheidungen zu beteiligen. Ich denke da zum einen an die Kommunalwahlen, zu denen eine höhere Beteiligung wünschenswert wäre.

Auch das Zugehen auf die gewählten Vertreter/innen für die Interessenswahrnehmung und Belange vor Ort, wenn keine Wahlen anstehen. Und ich denke an die Befragungen der Bürgerschaft zu aktuellen Themen der Stadtentwicklung oder in Vorbereitung von Bedarfsanalysen in Vorbereitung von Planungen und dem damit zusammenhängenden Rücklauf. Ich denke an die vielen öffentlichen thematischen Informationsveranstaltungen, zu denen immer wieder nur die „üblichen“ Verdächtigen präsent sind. Zum anderen braucht es eine professionellere und interessantere Öffentlichkeitsarbeit unter Nutzung nicht nur der herkömmlichen Presse, sondern auch der digitalen Medien und mehr Transparenz bei Verwaltungsentscheidungen und eine gläserne Verwaltung, die ein wirkliches Dienstleistungsunternehmen für die Bürger/innen ist. Wenn die bestehenden Möglichkeiten von allen Beteiligten auf gleicher Augenhöhe begegnet und genutzt werden, brauchen wir keine zusätzlichen Regelungen.

Die Regularien, die derzeit in den Varianten der Leitlinien vorgesehen sind, sind sehr bürokratisch und erschweren eher die Beteiligungsprozesse. Mir wären einfache Regelungen, die man erst einmal in einer Pilotphase testet und gegebenenfalls nachbessert lieber, als diese jetzt eher aufgeblähten Leitlinien, die nur mit großen zeitlichen, finanziellen und personellen und für die Bürgerschaft nicht nachvollziehbar umsetzbar sind.

